

Weil Kapitalismus sich ändern muss

Im Gespräch mit
Hartmut Rosa, Stephan Lessenich,
Margrit Kennedy, Theo Waigel

Mit einem Vorwort von Elmar Altvater



Springer VS

Weil Kapitalismus sich ändern muss: Im Gespräch mit Margrit Kennedy



Prof. Dr. Margrit Kennedy ist Architektin, Ökologin, Geldexpertin und Kritikerin der herrschenden Wirtschaftsordnung. In Ihrer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Fehlern des vorherrschenden Geldsystems ist sie zu einer Währungsexpertin geworden, die an praktischen Lösungen für lebenswichtige Fragen arbeitet: Wie können wir nachhaltige Geldsysteme schaffen? Wie sehen Geldsysteme aus, die uns dienen? Wo gibt es in der Vergangenheit und Gegenwart gute Beispiele, die funktionieren?

Frau Kennedy, Sie beschäftigen sich mittlerweile seit gut dreißig Jahren mit Fragestellungen zu alternativen Geldsystemen. Wieso – sind Sie doch von Haus aus Architektin?

Kennedy: Im Jahr 1982 – ich war damals Leiterin der Forschungsabteilung Ökologie und Energie in der internationalen Bauausstellung – habe ich begriffen dass ein unüberbrückbarer Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie besteht. Stadtökologie war damals ein noch völlig unbekanntes Thema und deswegen habe ich im In- und Ausland viele Vorträge über unsere ökologischen Projekte gehalten. Wir hatten in der Bauaus-

stellung relativ viel Geld und konnten spannende Modellprojekte verwirklichen, aber überall, wo ich hinkam, sagte jemand nach meinen Vorträgen: »Das ist alles schön und gut, was Sie machen, aber das rechnet sich nicht.« Erst nach einiger Zeit habe ich begriffen, was damit gemeint war: Unsere Vorschläge, wie man beispielsweise Wasser, Abfälle und Energie spart oder die Stadt begrünt, waren meistens etwas teurer als der damalige Standard. Und wenn man weiß, wie sich die Baukosten in der Miete über den gesamten Lebenszyklus einer Wohnung auswirken war klar: Ökologisches Bauen schlägt sich in den Mietkosten nieder, die dann so hoch hätten angesetzt werden müssen, dass ein solches Mietobjekt nicht mehr attraktiv und einfach zu teuer gewesen wäre. Zudem wurde auch die langfristige ökologische Notwendigkeit noch nicht gesehen. Heute sieht man zwar die Notwendigkeit eher ein, aber die Möglichkeiten der Finanzierung für den Durchschnittsbürger und für normale Häuser sind ähnlich schlecht.

Preiswert und nachhaltig schließen sich also grundsätzlich aus?

Kennedy: Nicht wenn man es langfristig betrachtet. Aber das ist eben in unserem Geldsystem kaum möglich. Für alles, was sich nicht in weniger als fünf Jahren amortisiert hat, ist es schwierig eine Finanzierung zu bekommen. Dazu kommt dass Ökologie mehr ist als nur Energie, Wasser oder Abfall einzusparen.

Ökologie verlangt ein anderes Wissen und Verhalten und fast immer mehr Zeit

Ökologie verlangt ein anderes Wissen und Verhalten und fast immer mehr Zeit. Ob sie Abfall trennen oder ob sie sich informieren, welche Produkte unter welchen Umweltbedingungen hergestellt wurden:

Es kostet mehr Zeit als nicht darauf zu achten. Und Zeit ist in diesem Sinne auch Geld. Preiswert ist Ökologie nicht unbedingt, aber langfristig immer ihren Preis wert. Der sogenannte »grüne Kapitalismus« hält durchaus ein paar gute Ideen bereit. Auf breiter Front reicht er aber nicht. Einigen Leuten erleich-

tert er vielleicht das Gewissen, aber insgesamt gesehen führt er nicht zu den grundlegenden Umstellungen, die wir dringend bräuchten.

Ökologie kostet also Zeit und ist gleichzeitig untrennbar mit dem Stichwort Nachhaltigkeit verbunden. Was verstehen Sie unter Nachhaltigkeit?

Kennedy: Darunter verstehe ich in erster Linie, dass wir auf dieser Welt nur so viel an Ressourcen verbrauchen, dass unsere Kinder in Zukunft auch noch ein gutes Leben führen können. Wir dürfen ihnen nicht einen geplünderten Planeten hinterlassen. Insofern geht es beim Stichwort Nachhaltigkeit natürlich nicht nur um unsere eigene Generation sondern im Wesentlichen um die nachfolgenden Generationen. Wir sind in allen Bereichen an die Grenzen der Belastbarkeit angelangt, was unsere Ressourcen anbelangt: Ob es Energie, sauberes Trinkwasser, die Artenvielfalt, seltene Erden oder Erze sind, die wir brauchen, um unseren Lebensstandard zu halten. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben wir deutlich mehr verbraucht als uns natürliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Um diesen Raubbau zu verhindern, bedürfte es internationaler Abkommen welche Nachhaltigkeit als oberstes Gebot postulieren – beispielsweise bei der Bewilligung von Schürfrechten oder den CO₂-Ausstoß.

Schaut man sich das Dilemma bei den UN-Klimakonferenzen an, dürfte ein solches internationales Abkommen jedoch erst zu Stande kommen, wenn es zu spät ist.

Kennedy: Richtig. Aber was bleibt uns anderes übrig als weiter zu verhandeln und wenigstens die Gesetze zu schaffen, die wir hier bei uns durchsetzen können? Was ist die Alternative? Jahrzehntelang hat man geglaubt der technische Fortschritt und die Weiterentwicklung der Menschheit werden dafür Sorge tragen,

dass uns niemals die wichtigsten Rohstoffe ausgehen. Mittlerweile gibt es genügend wissenschaftliche Nachweise dafür,

Mittlerweile gibt es genügend wissenschaftliche Nachweise dafür, dass wir deutlich über unsere Verhältnisse leben

wir deutlich über unsere Verhältnisse leben und dabei sind, uns unser eigenes Grab zu schaufeln. Der technische Fortschritt allein kann dieses Problem also nicht

lösen. Es gelingt nur noch, indem wir tatsächlich unsere Verhaltensweisen und unseren Lebensstil ändern.

Unser Lebensstil ist maßgeblich vom Kapitalismus geprägt. Was verstehen Sie unter Kapitalismus und was bedeutet er für Sie?

Kennedy: Im Allgemeinen wird unter Kapitalismus eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und einer Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt beruht. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges sind nun große Geldvermögen und Mengen von Kapital entstanden. Kapital muss im Kapitalismus in den meisten Fällen verzinst werden. Das führt zu einem ständigen Wachstum von Kapital oder Geldvermögen in privater Hand und damit zu Machtkonzentration. Die Macht liegt beim Geld. Und die Schuldner müssen wie die Hamster im Rad immer weiter arbeiten, um den Kapitaldienst an die Kreditgeber zu zahlen. Mit ihrer Arbeitskraft müssen sie das Kredit-Karussell in Schwung halten. Die Kreditnehmer sind die modernen Sklaven, die die Geldgeber bedienen müssen. Solange man Schulden hat, ist man in dem System gefangen. Wer Schulden macht, verliert Freiheit. Und der größte Kreditnehmer ist der Staat! Wir Steuerzahler müssen all die Zinsen für die Staatskredite bezahlen. Es geht immer darum, möglichst viel Gewinn zu machen. Diese Logik gründet auf unserem heutigen Geldsystem.

Lassen sich die beide Prinzipien – Kapitalismus und Nachhaltigkeit – vereinen? Oder ist echte Nachhaltigkeit nur in einem anderen Gesellschafts- und Geldsystem möglich?

Kennedy: Innerhalb des heutigen Geldsystems sehe ich da kaum eine Chance. Ein Geldsystem, das auf Zins und Zinseszins beruht und in dem Geld ohne Bindung an reale Güter exponentiell wachsen muss, widerspricht der Natur und jedweder Nachhaltigkeit.

Hat der Kapitalismus uns denn etwas Positives gebracht oder ist er die Wurzel allen Übels, die wir beseitigen müssen?

Kennedy: Ich bin deshalb für ein anderes Geldsystem, weil es uns endlich erlauben würde, einen wesentlich modifizierten Kapitalismus mit einer *wirklich* sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu verwirklichen. Positiv am Kapitalismus und dem heutigen Geldsystem ist, dass beide die Menschheit über Ländergrenzen hinweg zusammengebracht haben: Noch nie zuvor gab es ein globales Wirtschaftssystem mit weltweit anerkannten Währungen. Alle Menschen auf diesem Globus sind irgendwie über das Geld miteinander verbunden. Das empfinde ich schon als eine neue Stufe in der Entwicklung der Menschheit. Ob Dollar, Yen oder Euro – alle offiziellen Geldsysteme funktionieren nach dem gleichen Grundprinzip. Sicher haben wir die effizientesten Geldsysteme, die es je gab, denn wir sind in der Lage, riesige Summen in Sekundenschnelle um den Erdball zu jagen. Der Nachteil ist: Diese Systeme sind nur in Richtung Effizienz – schnellere Abwicklung, größerer Summen, über mehr und mehr Länder – optimiert worden, nicht in Richtung Resilienz, d.h. Vielfalt der Systeme, Verbindungen zwischen ihnen und Kooperation miteinander. Das heißt, das Gesamtsystem ist höchst anfällig für Störungen

Ein Geldsystem, das auf Zins und Zinseszins beruht, widerspricht der Natur und jedweder Nachhaltigkeit

und kann sich nicht selbst regulieren. Ähnlich wie Monokulturwälder von nur einem Schädling komplett vernichtet werden können und Mischwälder wesentlich widerstandsfähiger sind, brauchen wir eine Vielfalt von Währungen für nachhaltige Gesamtsysteme. Genau hier setzen auch die Überlegungen zu Regionalwährungen, Komplementärwährungen und anderen Geldsystemen an, welche die Resilienz und Nachhaltigkeit des gesamten Systems wieder stärken können.

Wird der positive Effekt des Zusammenwachsens nicht zum Negativeffekt, wenn sich alle nur noch auf das Geld fokussieren und sich doch jeder selbst der Nächste ist?

Kennedy: Natürlich war die große Gefahr schon immer, dass wir nur noch hinter dem Geld her sind. Geld ist in unserem System die begehrteste aller »Waren«, weil man es leicht für alles verwenden kann, was man braucht. Und wir sehen das Hauptziel des Systems – aus Geld mehr Geld zu machen – fast als »naturgegeben« an. Dieses Ziel ist fest in unseren Köpfen verankert. Und weil Ziele ökologischer, kultureller oder sozialer Natur diesem Prinzip nicht gehorchen, haben diese Bereiche es sehr schwer, an das notwendige Geld zu kommen. So wird zum Beispiel die Einführung und Betreuung von alternativen Geldkonzepten mit vornehmlich sozialen Zielen hauptsächlich ehrenamtlich und aus Spenden finanziert. Sie umzusetzen, kostet viel Zeit und Geduld. Wenn diese »Laboratorien für einen anderen Umgang mit Geld« – wie ich sie nenne – ebenso wie die Laboratorien anderer Disziplinen beispielsweise der Chemie, Physik, Biologie, Mathematik auch vom Staat oder der Gesellschaft mitfinanziert würden – wir hätten längst die besten Konzepte für nachhaltige Geldsysteme erforscht und eingeführt.

Sie haben sich in ihrer Karriere stark interdisziplinär orientiert: Von Haus aus Architektin bzw. Stadtplanerin, Promotion im Bereich öffentliche und internationale Angelegenheiten, Gastprofessuren in

Stadtökologie und Studien der Bereiche Ökonomie, Anthropologie und Philosophie. Mit Blick auf die Wissenschaft allgemein und gerade vor dem Hintergrund ihrer vielfältigen Interessen: In wie fern trägt die Wissenschaft heute noch zur Problemlösung bei? Viele Ökonomen lagen mit ihren Analysen zur Finanzkrise daneben und haben keine Lösungen, sondern beschwören weiter die Mär vom weiteren Wachstum.

Kennedy: Immerhin gab es auch zahlreiche Ökonomen, die öffentlich eingestanden haben, dass sie mit ihren marktliberalen Konzepten zu kurz gedacht hatten. Das zentrale Problem ist natürlich, dass sich das neoliberale Credo schon soweit in De-regulierung, in schwachen Gesetzen und Vorschriften, sowie immer brutalerem Wettbewerbsdenken und -handeln manifestiert hat, dass es nur schwer wieder rückgängig zu machen ist.

Erstaunlich ist doch, dass wir seit Jahrhunderten immer wieder Krisen erleben und scheinbar immer wieder die gleichen Fehler machen. Lernen wir nicht daraus oder zieht die Wissenschaft die falschen Schlüsse?

Kennedy: Ich denke schon, dass wir alle daraus lernen, auch die Wissenschaft, aber einfach zu langsam. Die Wissenschaft könnte dabei natürlich wesentlich hilfreicher sein, wenn sie sich nicht dem Eingangsparadigma der Wirtschaftswissenschaften – nämlich der Verzinsung des Geldes – unterordnen würde. Doch der Ersatz des Zins- bzw. des Zinseszins-Mechanismus zum Beispiel durch einen Umlaufimpuls oder andere Mechanismen, die den Zins überflüssig machen, wird wissenschaftlich kaum erforscht. Da mit dieser Änderung Geld zu einer Dienstleistung würde statt Ware zu sein, würde den Fachleuten, denen wir unser Geldsystem bisher bedingungslos anvertraut haben, eine der wesentlichen Daseinsberechtigungen und Gewinnmöglichkeiten entzogen werden. Interessanterweise wird aktuell aber wieder verstärkt die Geschichte des

Geldes untersucht. So schlägt beispielsweise der beim Internationalen Währungsfonds tätige Volkswirt Michael Kumhof vor, den Chicago-Plan aus den 1930er Jahren umzusetzen. Das würde den Zentralbanken erlauben zinsfreie Kredite an den Staat zu geben. Ein ähnliches Ziel verfolgt die Monetative mit Professor Joseph Huber in Deutschland und Gruppen in der Schweiz, in England und den USA.

Gab es in der Historie der Menschheit schon Experimente mit anderen Geldsystemen aus denen wir etwas lernen können?

Kennedy: Ja, die gab es und es wäre hoch interessant, wenn die Wissenschaft eine sorgfältige Analyse der Erfolge von Geldsystemen vornehmen würde, die eben ohne Zinsen bereits funktioniert haben. So hat es über Hunderte von Jahren im Mittelalter das Brakteaten-System oder über Tausende von Jahren im alten Ägypten das Korn-Giro-Geld gegeben. Beide funktionierten ohne Zinsen. In Ägypten brachten die Bauern ihr Korn zu großen Lagerhäusern und erhielten dafür kleine Tontafeln auf denen ein Datum eingraviert war. Es bezog sich auf den Zeitpunkt an dem das Korn nichts mehr Wert sein würde, und das war dann zugleich das Verfallsdatum für das Geld. Etwas anders funktionierte das Brakteaten-Geld in Europa: Die dünnen Metallmünzen wurden von dem jeweiligen Münzherren regelmäßig im Abstand von einigen Jahren »verrufen« also eingezogen und mit einem Abschlag von 20–30 Prozent bekam man neue Münzen zurück. So wurden damals auch Steuern eingezogen. Die alten Münzen durfte man bei Androhung von Gefängnisstrafe nicht mehr benutzen. Und was haben die Leute gemacht? Da sie das Geld nicht ohne Verlust aufheben konnten, haben sie ihr Geld in Güter investiert, die nachhaltig und werthaltig waren. Sie haben schöne Häuser gebaut, wertvolle geschnitzte Stühle und Möbel gekauft, aufwändige Festkleider und Kunstwerke angeschafft. Sie haben begonnen Kathedralen zu bauen, von denen sie wussten, dass es bis zu ihrer

Fertigstellung 200 Jahre dauern würde. Das waren die ersten Arbeitsbeschaffungsprogramme. Und das sind diese Kathedralen bis heute, wenn man sich die ständigen Reparaturen und Touristenströme in Regensburg, Ulm, Köln oder Bamberg ansieht. Und was hinterlassen wir unseren Kindern? Beton- und Stahlabfälle von Kernreaktoren, sterbende Wälder, verseuchtes Grundwasser und ausgelaugte Böden.

Wenn Sie solche Zusammenhänge skizzieren, die sicherlich die Wenigsten kennen, muss man sich dann fragen, ob zu wenig über das Thema Geld und seine Geschichte an Schulen und Universitäten gelehrt wird?

Kennedy: Ja, das ist schon verblüffend wie einige der wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge in unserem Bildungssystem ausgeblendet werden. So gehört das Thema »exponentielles Wachstum« natürlich in den Mathematik- und Biologieunterricht. Wir verlassen die Schule und begreifen nicht, dass es Wachstumsmuster gibt, die im materiellen Bereich auf Dauer einfach nicht funktionieren und früher oder später zum Zusammenbruch führen müssen. In der Natur wächst auch alles nur bis zu einer optimalen Größe und dann hört es auf zu wachsen. Nur krankhafte Zellen, wie beispielsweise Krebszellen, wachsen exponentiell. Das ist ein Zusammenhang, der besonders auch im Hinblick auf das Geldsystem von größter Wichtigkeit ist, aber kaum verstanden wird. Generell wird über die Funktionen von Geld und dessen Einfluss auf unser Verhalten an Schulen und Universitäten zu wenig gelehrt. Und über alternative Geldsysteme wird erst recht nicht gesprochen. Banken sind darüber natürlich sehr froh, denn nichts käme ihnen ungelegener als Menschen, die verstehen was mit dem heutigen Geldsystem schief läuft. Im Gegenteil, die sogenannte »Finanzindustrie« gibt in Brüssel täglich Millionen von Euro für Lobbyarbeit aus,

*Nur krankhafte Zellen,
wie beispielsweise
Krebszellen, wachsen
exponentiell*

damit das Geldsystem genauso bleibt wie es ist. Ebenso kommen in Washington beispielweise auf jeden gewählten Abgeordneten fünf Lobbyisten der

Die sogenannte »Finanzindustrie« gibt täglich Millionen für Lobbyarbeit aus, damit das Geldsystem genauso bleibt wie es ist

Finanzindustrie. Kein Wunder, dass das kriminelle Verhalten von Großbanken wie Goldman Sachs keinerlei Fol-

gen für die Bank hatte, die nach der Krise die höchsten Profite ihrer Geschichte einfuhr.

Mit Blick auf Ihre eigene Lehr- und Forschungstätigkeit: Sie reisen nun seit dreißig Jahren durch die Welt von Europa über Nord- und Südamerika, Asien, Australien und Neuseeland und vermitteln den Leuten was es auf sich hat mit dem grundsätzlichen Fehler im Geldsystem – dem Zins und Zinseszins. Freut es Sie, dass durch die globale Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise vermehrt über Ihre Ideen diskutiert wird oder sind Sie etwas resigniert, da Viele Ihre Gedanken erst jetzt verstehen (wollen)?

Kennedy: Ich habe nicht geglaubt, dass ich diese Krise – die ich schon in meinem ersten Buch »Geld ohne Zinsen und Inflation« 1986 vorausgesehen habe – und das damit immer stärkere Interesse an dem Thema noch erleben würde. So viele Vorträge wie im Jahr 2012 habe ich noch nie gehalten, und es sieht so aus als würde es in diesem Jahr nicht weniger. Aber ich kann das Zögern bei der Umsetzung neuer Konzepte dadurch verstehen, wenn ich mein eigenes Leben betrachte. Auch ich ändere mein Verhalten dann erst grundsätzlich, wenn ich merke, so geht es nicht weiter. Jeder kennt das von sich: Wenn man plötzlich fast krank wird, weil man zu viel arbeitet oder sich zu wenig bewegt, dann wacht man auf und sagt sich: »Jetzt muss ich etwas ändern.« Dieser Effekt trifft vermutlich auch auf eine komplexe Gesellschaft zu. Nur mit dem Unterschied, dass es sehr viel schwieriger ist gesamtgesellschaftlich so etwas Entscheidendes wie das Geldsystem zu verändern. Selbst wenn

viele es wollten und verstehen würden, wäre es schwierig, denn leider profitiert eine sehr kleine aber mächtige Minderheit von dem System und die große Mehrheit zahlt drauf. Doch das aller Schwierigste an der Sache ist, dass nur wenige, die zu dieser Mehrheit gehören, begreifen wie wichtig das Thema für sie ist, weil sie meistens hoffen, eines Tages zu der kleinen profitierenden Minderheit zu gehören. Eine Hoffnung, die sich nur bei sehr, sehr Wenigen erfüllen dürfte.

Wird die durch das Geldsystem entstehende Ungerechtigkeit also bewusst verschleiert?

Kennedy: Die Banken und die Finanzindustrie tun alles, damit die Illusion erhalten bleibt, dass es jedem gelingen kann viel Geld zu verdienen, wenn man nur fleißig genug ist und spart. Das erkennen Sie bereits an Euphemismen wie beispielsweise dem Werbeslogan »Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten.« Jeder weiß, dass Geld nicht arbeiten kann, sondern nur Menschen und Maschinen reale Werte erarbeiten können. Aber so wird die Sicht auf die wahre Funktion und Logik des Geldes vielen Menschen »vernebelt«. Umso mehr freue ich mich natürlich, auch wenn es dreißig Jahre dauern musste, dass mittlerweile vermehrt über den Systemfehler im Geldsystem und über alternative Ideen dazu diskutiert wird. Seit 2007 sind die Menge an kritischen Informationen zum Geldsystem und das Interesse und die Bereitschaft an Veränderungen tatkräftig mitzuwirken erfreulicherweise auch exponentiell gewachsen.

Die Banken und die Finanzindustrie tun alles, damit die Illusion erhalten bleibt, dass es jedem gelingen kann viel Geld zu verdienen

Im Geldsystem ist das exponentielle Wachstum ja ihr größter Feind ...

Kennedy: ... ja, weil es dort materiell wachsen muss, was langfristig nicht geht, während im nichtmateriellen Bereich von

Wissen, Können und Lernen ein solches Wachstum durchaus gesund ist. Ab 21 Jahren hören Sie körperlich auf zu wachsen, aber wenn Sie aufhören, sich geistig weiterzuentwickeln, werden Sie auch krank.

Also arbeiten Sie weiter an der Aufklärung über die Funktionen von Geld und von alternativen Geldsystemen?

Kennedy: Ich habe mich irgendwann entschlossen nicht nur das herkömmliche Geldsystem zu kritisieren, sondern auch gleichzeitig an Lösungen zu arbeiten. Schon in dem ersten Vortrag von Helmut Creutz, einem deutschen Wirtschaftsanalytiker und Publizisten, wurden mir das Problem und eine mögliche Lösung klar. Mittlerweile sehe ich immer mehr Lösungen, bessere und schlechtere. Lösungen die leichter und solche die schwieriger zu verstehen sind. Das ist einerseits eine sehr schöne Entwicklung. Andererseits ist das Problem, dass hinter jeder Lösung eine andere Gruppe steht. Und weil die verschiedenen Gruppen nicht besonders gut zusammenarbeiten oder mit einer Stimme sprechen, haben sie auch bisher noch nicht die Möglichkeit das System zu verändern. Dafür müssten viele in eine Richtung gehen.

Mit Gruppen meinen Sie soziale Gruppierungen und Bewegungen wie beispielsweise die Occupy-Bewegung?

Kennedy: Ja, das war ja zunächst eine große, spontane und globale Bewegung. Ich spreche hier eher von kleinen Gruppierungen, die zum Teil auch bei Occupy mitwirken: Beispielsweise gibt es Gruppen, die sich hauptsächlich auf komplementäre Währungen konzentrieren. Dann gibt es Einzelne, die sich auf das elektronische Geld wie Bitcoins spezialisieren. Andere wiederum verfolgen die Gesellsche Freigeldlehre. Und auch im kommerziellen Bereich gibt es viele erfolgreiche Ansätze, wie das WIR-System für kleine und mittlere Unternehmen in der

Schweiz. Da ist es schwierig sich auf ein Konzept und eine Richtung zu einigen. Und aufgrund der vielfältigen Konzepte und Ideen ist es natürlich auch schwierig, die notwendige politische Unterstützung zu finden.

Um Occupy ist es allerdings recht ruhig geworden. Oder täuscht das?

Kennedy: Occupy hat zunächst einmal viele Randgruppen angezogen, die sich in der Gesellschaft nirgendwo beheimatet fühlten. Eine Zeit lang haben es die zumeist jungen Menschen in den Zeltlagern vor der EZB durchgehalten, mit Obdachlosen und von Drogen abhängigen und arbeitslosen Menschen zu kooperieren. Irgendwann aber wurde die Belastung zu groß und der Schwung ging der Bewegung verloren. Die dauerhafte Organisation und Institutionalisierung einer Protestbewegung ist ein langer Prozess. Insofern ist es ruhiger geworden. Aber die eigentlichen Akteure arbeiten weiter und so gibt es zahlreiche kleinere Bewegungen und »zarte Pflänzchen«, wie beispielsweise rund um das Thema Transition Towns, um den Bereich Regionalwährung, um die Gruppe »Neue Arbeit« mit Frithjof Bergmann, oder die Idee der Postwachstums-Ökonomie von Niko Paech und das Konzept der Commons mit der Gruppe um Silke Helfrich. Es gibt also eine ganze Reihe von Ansätzen. Besonders spannend finde ich auch, dass immer mehr Frauen das Thema für sich entdecken.

Sie sprechen von »zarten Pflänzchen«. Damit die Bewegung aber nachhaltig wirkt, müssten sich diese Bewegungen und Gedanken doch zu einer großen Bewegung zusammenschließen?

Kennedy: Ich bin keine Hellseherin, aber es gibt weltweit eine immer größer werdende Zahl von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die alle auf einer ähnlichen Wertebasis agieren. Ein in den USA bekannter Aktivist namens Paul Hawken nennt diese NGOs »Das Immunsystem der Menschheit«. Ein

Immunsystem wirkt immer dann und dort, wo ein System – sei es unser Körper oder eine Gesellschaft – nicht in Ordnung oder krank ist. Die NGOs die sich mit dem Geldthema befassen, haben gemerkt dass die Natur und die menschliche Gesellschaft krank sind, und sie versuchen zu dem dringend notwendigen Bewusstseinswandel beizutragen. Ein Bewusstseinsprung geschieht nicht linear und wir wissen nicht wie lange es dauern wird, bis wir das neue Zeitalter mit einem neuen Bewusstsein mit mehr Gemeinschaftlichkeit, Solidarität und weniger Abhängigkeit vom Geld schaffen können. Damit das aber so schnell wie möglich geschieht, müssen sich diese Bewegungen auch auf irgendeine Art zusammenschließen und an einem Strang ziehen. Da sehe ich die größte Chance durch das Internet. Ohne die damit verbundenen technischen Kommunikationsmöglichkeiten wäre beispielsweise die Regionalgeldbewegung niemals zustande gekommen.

Der Bewusstseinsprung müsste zunächst beim Wachstumsprinzip ansetzen, erleben wir doch in der Krise wieder einmal die Forderung nach mehr Wachstum als Heilmittel. Viele Milliarden wurden in immer neuen Paketen in Staaten gesteckt, ohne dass die Haushaltslöcher damit nachhaltig gestopft werden konnten. Funktioniert das Wachstumsprinzip überhaupt noch oder hat es sich längst erschöpft?

Kennedy: Das, was mich am meisten wundert ist, dass man Frau Merkel oder Herrn Schäuble überhaupt noch ernst nimmt, weil sie jedes Mal verkünden: »Jetzt sind wir endlich über den

Das, was mich am meisten wundert ist, dass man Frau Merkel oder Herrn Schäuble überhaupt noch ernst nimmt

Berg.« Kurze Zeit später stellt sich dann raus, dass der Berg noch deutlich höher ist, als angenommen. Aber das ist die Logik des Systems: Wenn es kein Wachstum gibt und dieses nicht stimuliert wird, dann wird es für einen

Großteil der Bevölkerung finanziell eng, während ein sehr kleiner Teil immer mehr Vermögen anhäuft, selbst in der Krise.

Das kann langfristig nur zu einer immer stärkeren sozialen Polarisierung führen, die – wie so oft schon in der Geschichte – letztlich in einer sozialen Revolution münden wird. Zwei weitere historische »Lösungen« sind ein Crash oder ein Krieg. Das versuchen praktisch alle Regierungen durch das Ankurbeln des Wachstums zu unterbinden.

Hat sich die Wachstumslogik im letzten Jahrzehnt weiter verschärft – insbesondere mit Blick auf die Euroeinführung und die jetzige Krise?

Kennedy: Ja, da liegt zumindest ein Grund. Wir wissen, dass der Euro seit seiner Einführung massiv an Wert verloren hat. Das verschärft natürlich die Wachstumslogik und den Akkumulationsgedanken. Und insbesondere im Vergleich zur D-Mark, die eine der stabilsten Währungen der Welt war, ist der Wertverlust enorm. Das Problem ist nun, dass die gegenwärtige Strategie des ungebremsen Gelddruckens deutlich inflationär ist. Braucht man das Geld nach jahrelangem Sparen dann aber eines Tages, sind die Einzahlungen nicht mehr das wert, was man erwartet hat. Das haben wir in Deutschland im Laufe unserer Geschichte schon mehrfach erlebt. Und dieser potentielle Wertverlust erzeugt natürlich Angst, was wiederum mehr Gier und ein noch größeres Bekenntnis zum Wachstumszwang hervorruft.

Ist dieser Kreislauf aus Angst und Gier der Grund dafür, dass Geld zum Fetisch geworden ist und wir ihm im Laufe der Zeit eine so wichtige Rolle übertragen haben?

Kennedy: Wir leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, und jeder Mensch in einer arbeitsteiligen Zivilisation braucht Geld um zu überleben. Geld ist also genauso wichtig wie ein Dach über dem Kopf zu haben. Auch das können wir meistens nur mit Geld bezahlen.

Anders gefragt: In Ihrem Projekt hier im Lebensgarten Steyerberg nehmen Sie Geld nicht so wichtig. Warum und wie machen Sie das?

Kennedy: Das gelingt wahrscheinlich hier deshalb ganz gut, weil die meisten ein anderes Verständnis von Reichtum haben. Viele von den etwa 140 Menschen, die in unserem Projekt leben, haben verstanden, dass es nicht in erster Linie darauf ankommt, wer wie viel Geld besitzt, sondern dass der größte Reichtum sich in gelungenen sozialen Beziehungen ausdrückt. Zum Beispiel ist in unserem Gemeinschaftszentrum jeder Raum nach einem anderen Finanzierungsmodell erneuert worden – teils privat, teils gemeinschaftlich, teils gemischt. Dass es so gut funktioniert, hätte ich – bevor ich es erlebt habe – nicht geglaubt. Jede und jeder brachte sich ein und konnte mit der eigenen Geschwindigkeit und den eigenen Ressourcen an Geld und Fähigkeiten vorankommen. Zur Finanzierung all unserer Vorhaben gehören neben den Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch zinsgünstige oder zinsfreie Darlehen von Mitbewohnern und Freunden, Einkünfte aus dem Seminarbetrieb und Bankdarlehen wie auch unsere freiwilligen Arbeitseinsätze. Letztere werden so organisiert, dass es Spaß macht, sich zu beteiligen. Die Aufnahme von Krediten haben wir soweit wie möglich vermieden, weil unsere Einkünfte von Jahr zu Jahr Schwankungen unterliegen. Neben der umfangreichen praktischen Nachbarschaftshilfe in allen Lebenslagen gibt es auch einen »Carpool« durch den sich mehrere Lebensgärtnerinnen und Lebensgärtner die Autos teilen. In der »Boutique« werden die von den Einen nicht mehr genutzten Kleider aufgehängt und Andere können sie kostenlos entnehmen. Etwa die Hälfte der Bewohner hat sich vor Ort eigene Arbeitsplätze im sozialen, im Gesundheits- oder im handwerklichen Bereich geschaffen. Der Lebensgarten ist durch die Angebote von Unterkünften im Heilhaus und in privaten Häusern gar zum zweitgrößten Beherbergungsbetrieb der Region avanciert. Er ist zudem ein Nukleus für Existenzgründungen und bietet

ein sonst fast nur in Großstädten auffindbares innovatives Milieu für kooperative Zusammenschlüsse von Selbstständigen. Neben Tanz, Yoga und Bewegungsangeboten sind auch die Lebensgarten-Kneipe – inklusive gelegentlicher Disco – und das sonntägliche Vereinscafe mit dem hervorragenden Kuchen unserer Biobäcker nicht zu vergessen. Eigentum wird hier also etwas anders verstanden, als nur abgrenzend und einer Person gehörig. Teilen ist in unserer Gemeinschaft ein wichtiges Prinzip. Wir kochen gelegentlich zusammen, bereiten Seminare zusammen vor, renovieren oder pflegen die uns allen gehörenden Grünflächen gemeinschaftlich. Das schweißt zusammen und lässt die Bedeutung von Geld hinter die Bedeutung von sozialen Beziehungen zurücktreten.

*Lebensgarten Steyerberg:
Teilen ist in unserer Ge-
meinschaft ein wichtiges
Prinzip*

Glauben Sie, ein derartiges Konzept und der Wert des Gemeinschaftlichen lassen sich auf eine deutlich größere Gruppe, eine Region und letztlich auf eine komplette Gesellschaft übertragen?

Kennedy: Ich stimme an diesem Punkt mit Leopold Kohr überein, der einmal sinngemäß gesagt hat: »Entweder wir finden zurück zu dezentralen, kleineren Einheiten oder wir werden nicht überleben.« Meine Wunschvorstellung ist es, dass unser Konzept weitere Anhänger findet, weitere Gemeinschaften entstehen und es mehr Erfahrungen gibt, damit sich vielleicht eines Tages diese kleineren Gemeinschaften wiederum zu größeren Einheiten zusammenschließen. Um die Vielfalt unserer Bedürfnisse zu erfüllen, wird es einige Produktionsprozesse geben die am besten auf kleineren Ebenen und andere die besser global funktionieren. Ich sehe aber, dass wir trotz eines gewissen Umdenkens in der Gesellschaft und einer gewachsenen Offenheit für alternative Lebensmodelle von einer idealen Aufteilung noch weit entfernt sind. Möglicherweise bedarf es dazu einer erneuten und noch stärkeren

Krise, der Leidensdruck scheint immer noch nicht groß genug zu sein.

Mit welchen Mitteln ließe sich denn im kleineren Rahmen, lokal und regional, etwas am jetzigen Geldsystem ändern?

Kennedy: Ein anderes Verhalten in Bezug auf Geld lässt sich unter anderem sehr einfach mit einer regionalen Währung, die jenseits der Region keine Gültigkeit hat, wie beispielsweise dem Chiemgauer, erzielen. Damit ändern sich Konsum- und Kaufgewohnheiten der Menschen hin zu einem deutlich stärkeren Verbrauch regionaler Produkte und dies unterstützt zugleich die ortsansässigen Unternehmen, was wiederum positive Effekte für die Region selbst hat.

Ein anderes Verhalten in Bezug auf Geld lässt sich mit einer regionalen Währung erzielen

Wie genau funktioniert das Konzept der Regionalwährung?

Kennedy: Zunächst muss man sagen, dass Regionalwährungen ein anderes Ziel als das jetzige Geldsystem haben: Das Hauptziel des jetzigen Geldsystem ist es, aus Geld mehr Geld zu machen. Ziel der Regionalwährung ist es, die entsprechende Region wirtschaftlich zu unterstützen. Das Prinzip der Regionalwährung sieht folgendermaßen aus: Es wird eine Komplementärwährung zum Euro, die entweder durch den Euro gedeckt ist oder auch nicht, in einer bestimmten Region ausgegeben. Mit dieser nur in der Region gültigen Währung werden regionale Leistungen und Produkte bezahlt und Unternehmen investieren ihre Regio-Einnahmen wiederum in der Region. Wenn die Währung im Lauf der Zeit durch den sogenannten »Umlaufimpuls« an Wert verliert – eine Art Negativzins auf jede Münze und jeden Schein – zirkuliert sie deutlich schneller. In der Praxis ist es so, dass beispielsweise der Chiemgauer durch den Wertverlust ungefähr viermal so

schnell umläuft wie der Euro. Die Geldscheine können durch Zusatzmarken wieder auf den Ursprungswert aufgewertet werden. Der größere Teil der Einnahmen aus der Aufwertung kommt sozialen Projekten zu Gute. Der kleinere Teil dient der Finanzierung der Dienstleistungen, die mit der Ausgabe der Regionalwährung verbunden sind. Zusätzlich werden heute bereits Mikrokredite in Regionalwährung angeboten und der dafür zu zahlende Zins wird nach Rückzahlung des Kredits zurückerstattet.

Wo sehen Sie die Vorteile der Regionalwährung bzw. was ist falsch am jetzigen Geldsystem, dass wir eine solche Alternative brauchen?

Kennedy: Ein einfaches Beispiel: Wenn jemand aus einer ländlichen Region zur Bank geht und dort seine gesparten Euro anlegt, erwartet er von der Bank, dass sie den höchsten Gewinn für ihn erzielt. Das heißt, die Bank wird das Geld dort anlegen, wo sie die höchsten Zinsen für das Kapital bekommt. Das kann zum Beispiel China sein, wo zeitweise über 40 Prozent des anlagensuchenden Kapitals der Welt angelegt wurde, oder es kann Brasilien oder Russland sein. Aber ein Gebiet ist es wahrscheinlich nicht: Die ländliche Region selbst, in welcher der Euro verdient und der Bank gegeben wurde. Was ich damit sagen will: Im jetzigen System bluten die ländlichen Regionen aus, weil das Kapital dort nicht angelegt wird. Und mehr noch, will man sich nun Geld in der Region leihen, können die Bewohner das nur zu dem Zinssatz, der auf dem Weltmarkt gezahlt wird, tun. Das aber können sich viele regionale Unternehmer und Betriebe nicht leisten. Es ist also sinnvoll, einen regionalen Markt für regionale Produkte und Anliegen zu schaffen.

Ist der Markt für regionale Produkte so groß und die Bedürfnisse und Geschäfte so umfangreich, dass es eine Parallelwährung überhaupt positive Effekte erzielen kann?

Kennedy: Wahrscheinlich nicht sofort, aber je länger und je größer das System wird umso mehr kann man damit kaufen. Das Ziel ist ja auch nicht die nationale oder internationale Währung zu ersetzen sondern sie zu ergänzen. Wollen Sie beispielsweise einen Computer kaufen oder Flüge bezahlen, werden sie auch weiterhin ein internationales Geld benutzen müssen. Sinnvoll fände ich jedoch die Co-Existenz von beidem, komplementärer und internationaler Währung.

Welche Bausteine für ein alternatives Geldsystem sehen Sie neben der Regionalwährung noch?

Kennedy: Währungen für verschiedene Zwecke wären für mich ein weiteres Element. Ein Beispiel ist das in Japan praktizierte Fureai Kippu-System, was so viel wie Pflege-Ticket heißt. Mit diesem nationalen System können Menschen aller Altersklassen älteren Menschen dabei helfen spazieren zu gehen, Auto zu fahren, sich anzuziehen oder die Zeitung vorzulesen, mit anderen Worten, Tätigkeiten, die keine spezielle Ausbildung brauchen, aber die Lebensqualität der älteren Menschen erhöhen. Für diese Arbeit werden die Helfer in Stunden entlohnt, die ihnen gutgeschrieben werden und die sie später selbst nutzen können. Zudem können sie ihre Stunden beispielsweise auch auf ihre Eltern in einem anderen Landesteil übertragen. In Vorarlberg in Österreich gibt es das schon und in St. Gallen in der Schweiz wird gerade ein ähnliches System eingeführt. Einer der großen Vorteile gegenüber einem Pflegesystem das auf Geldzahlungen basiert, ist die absolute Inflationsfreiheit: Eine Stunde ist eine Stunde, heute, morgen und in zwanzig Jahren. Zudem wenden sich die älteren Menschen erfahrungsgemäß lieber an die freiwilligen Helfer als an die professionellen Dienstleister, weil Sie einfach anders motiviert sind.

Lassen sich die aufgebauten Stunden in Geld konvertieren?

Kennedy: Nein, das ist nicht möglich. Aber damit diejenigen, welche die Leistungen erbracht haben auch selbst in Genuss dieser Leistungen kommen können, wenn sie diese brauchen, ist es günstig, wenn – wie es in Japan der Fall ist – der Staat oder das Land selbst diese Garantie übernimmt. Ein anderes Beispiel für ein bargeldloses Verrechnungssystem finden sie in der Schweiz, das berühmte Beispiel vom Schweizer WIR. Der Schweizer WIR existiert seit 1934 und ist eine Parallelwährung zum Schweizer Franken, der eins zu eins zum Schweizer Franken gehandelt wird. Inzwischen existiert auch bereits eine eigene WIR-Bank. Das Interessante am WIR ist, dass die Rahmenbedingungen für dessen Entstehung denen der heutigen Zeit sehr ähneln: hohe Arbeitslosigkeit, die Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1930 sowie geringe Kreditvergaben an kleinere und mittelständische Unternehmen. Unter diesen Rahmenbedingungen haben sich einige Geschäftsleute zusammengeschlossen, um sich selber gegenseitig mit bargeldlosen Krediten zu helfen, d. h. es gibt für jede Firma ein Girokonto über das Einnahmen und Ausgaben verbucht werden. Natürlich muss die Arbeit der Bank mit einer entsprechenden Gebühr bezahlt werden. Ganz konkret läuft es so, dass der eine Unternehmer beispielsweise Baumaterialien für den anderen Unternehmer geliefert hat und den Auftragswert dann auf seinem Konto gutgeschrieben bekommt. Mit diesem Guthaben in WIR, kann er dann wiederum eigene offene Rechnungen bezahlen. Früher lief das ganze System mit Schecks, heute gibt es eine Kreditkarte, mit der sowohl in Schweizer Franken als auch mit WIR bezahlt werden kann. Das ist die erste Kreditkarte der Welt mit zwei unterschiedlichen Währungen.

Und wenn ich einen Kredit brauche und keine Baumaterialien?

Kennedy: Wenn sie einen Kredit brauchen, bekommen sie ihn weitestgehend zinsfrei bei der WIR-Bank. Die Kriterien für die Kreditwürdigkeit sind identisch mit denen eines Kredits in Schweizer Franken also Bonität, Absicherung, Betriebsvermögen und so weiter. Sie zahlen keine Zinsen für Kredite, erhalten aber auch keine Zinsen auf ihr WIR-Guthaben. Sie zahlen lediglich die Arbeit der Bank sowie die Absicherung für eine eventuell ausbleibende Kreditrückzahlung. Das müssen sie sich folgendermaßen vorstellen: Der Zins besteht aus vier Anteilen. Zwei Anteile davon sind absolut notwendig, um einerseits die Arbeit der Bank bezahlen zu können und andererseits die Absicherung über eine ausbleibende Kreditrückzahlung (Risikoprämie) zu gewährleisten. Bei einem fünf bis sechsprozentigen Zinssatz entfallen davon auf die beiden Teile Arbeit und Versicherung, jeweils 1,7 und circa 0,8 Prozent, also insgesamt 2,5 Prozent. Die anderen beiden Bestandteile setzen sich aus der so genannten Liquiditätsprämie, also dem Anteil, den der Sparer als Prämie dafür erhält, dass er sein Geld zur Bank gebracht hat und dem Inflationsausgleich zusammen. Liquiditätsprämie, circa 2 Prozent, und Inflationsausgleich, circa 1,5 Prozent, machen also den Großteil des Zinses aus, ungefähr 3,5 Prozent. Nun müssen die Arbeit der Bank und die Risikoprämie bezahlt werden, damit die Bank existieren kann. Die anderen beiden Bestandteile sind jedoch dafür nicht notwendig. Im WIR-System gibt es demnach keine Zinsen für den Sparer, also keine Liquiditätsprämie und auch keinen Inflationsausgleich.

Würde die Schweizer-WIR Bank ohne Inflationsausgleich im Zinssatz im Lauf der Jahre nicht Verluste machen, da das auf der Bank angelegte Geld im Wert sinkt?

Kennedy: Theoretisch ja, praktisch wird dieser Nachteil umgangen, indem einerseits wenig große Guthaben auf den Konten

lagern und andererseits diese Guthaben schnell wieder ausgegeben werden. Bisher beteiligen sich 60 000 Schweizer Unternehmen, also ungefähr 20 Prozent aller kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz, die etwa 1,5 Milliarden Schweizer Franken Umsatz im Jahr machen. Der Clou an dem System ist, dass es besonders gut in Krisenzeiten funktioniert. Während die normalen Banken prozyklisch arbeiten, arbeitet das WIR-System antizyklisch. Das heißt, wenn es der Wirtschaft gut geht, erhalten sie im normalen Bankensystem relativ leicht einen Kredit, geht es der Wirtschaft schlecht, sind die Banken deutlich zögerlicher. Damit aber verstärken die normalen Banken den Auf- und Abschwung. Bei dem Schweizer WIR ist es genau umgekehrt: Geht es der Wirtschaft schlecht, erhält das WIR-System Zulauf und es werden vermehrt Kredite darüber vergeben. Geht es der Wirtschaft gut, nutzen die Meisten wieder das Franken-System. Der WIR ist also auch eine Art Versicherung für Krisenzeiten. Die Resilienz der Schweizer Wirtschaft beruht zum Teil darauf, dass sie diese zwei Systeme hat. Ein solches System wäre in Deutschland ebenfalls denkbar und im Rahmen der E-Geld-Richtlinie, also über elektronisches Geld, auch praktisch umsetzbar.

Diese Systeme funktionieren aber doch nur, solange sie auch eine nationale Währung als Wertmaßstab haben. Was passiert, wenn die nationale Währung zum Beispiel in eine Hyperinflationsphase eintritt?

Kennedy: Sicher, dann sind auch solche komplementären Geldsysteme betroffen, aber vermutlich schneller anpassbar. Komplementäre Systeme haben sich in allen Krisenzeiten bestens bewährt, in den 1930er Jahren kurz vor der Machtergreifung durch Hitler in Deutschland, in Österreich und der Schweiz. In Spanien und Griechenland schießen sie gerade jetzt wie Pilze aus dem Boden.

Die Bundesbank und die EZB übernehmen doch genau diese Funktion?

Um den Zusammenbruch des jetzigen Systems zu verhindern, wäre die beste und einfachste Lösung die Einführung einer Monetative

Kennedy: Die Bundesbank hat das jedenfalls besser geschafft als die EZB. Aber schauen Sie: Der Staat ist sozusagen der einzige Schuldner, von dem man annimmt, dass er nie pleitegeht. Diese Hoffnung ist aber im Zuge der Staatsschuldenkrise zusammen mit dem Vertrauen in Banken und Politiker verloren gegangen und diese Krise wiederum beruht auf einem Geldsystem, welches auf Zins und Zinseszins basiert und deshalb niemals nachhaltig sein kann – womit wir wieder beim Anfang unserer Diskussion wären. Um den Zusammenbruch des jetzigen Systems zu verhindern, wäre die beste und einfachste Lösung die Einführung einer Monetative. Das heißt neben den drei Gewalten, Judikative, Exekutive und Legislative eine vierte Gewalt im Staat, die nur eine Aufgabe hat, das Geldsystem stabil zu halten.

Warum könnte eine Monetative, wenn sie die Möglichkeit hätte, dem Staat zinsfreie Kredite zu geben, dieses Vertrauen wieder herstellen?

Kennedy: In Frankreich hat es 1936 bis 1973 ein Gesetz gegeben, dass genau dies erlaubt hat. Der Staat konnte zinsfreie Kredite von der Zentralbank beziehen. 1973 ist das Gesetz geändert worden und der Staat war gezwungen verzinsliche Kredite bei kommerziellen Banken, die ja heute den überwiegenden Anteil unseres Geldes über die Kreditvergabe schaffen, aufzunehmen. Das hat dazu geführt, dass Frankreich 2009 mit 78 Prozent seines Bruttosozialprodukts verschuldet war. Wenn dieses Gesetz damals nicht geändert worden wäre, hätte der Staat 2009 nur acht Prozent des BSP an Schulden. Diese Diskrepanz ist also einzig und allein dem Zinseffekt zu verdanken.

Also wäre ein zinsfreies Kreditsystem für Staat und Unternehmen eine Lösung?

Kennedy: Ja, ein Teil der Lösung. Denn das ist wiederum nur möglich, wenn die Weitergabe des Geldes durch einen Umlaufimpuls gesichert würde. Dann hätte man tatsächlich das Beste aller Geldsysteme. Es würde stabil sein, weil der Zins um plus/minus Null schwanken würde. Und man würde das Geld endlich als Dienstleistung nutzen und nicht als Ware betrachten. Wir würden von demjenigen, der den Wert unseres Geldes in die Zukunft rettet, keine Kosten für das Geld in Form von Zinsen (Liquiditätsprämie und Inflationsausgleich) abverlangen, sondern »nur« die Arbeit der Bank und eine Risikoprämie und damit endlich von einem stabilen Geldwert profitieren. Ein solches Experiment hat es übrigens im 19. Jahrhundert in Guernsey gegeben, einer britischen Kanalinsel zwischen England und Frankreich. Dort wurde neben dem britischen Pfund aus Geldmangel einfach eine Zweitwährung eingeführt, mit der projektbezogene Vorhaben realisiert wurden. Nach Vollendung des Projekts wie dem Bau von einer Markthalle, einer Schule, von Straßen und von Hausrenovierungen, konnte die ausgegebene Zweitwährung wieder Stück für Stück aus dem Verkehr gezogen werden. Und wozu führte das schließlich? Die Insel erblühte mit der Zeit, war zur Heimat einer wohlhabenden Gesellschaft geworden und hatte zeitweise die besten Straßen Europas. Irgendwann kamen dann die großen kommerziellen Banken auf die Insel und die Zweitwährung wurde wieder abgeschafft. Heute genießt Guernsey den zweifelhaften Ruf einer Steueroase.

Wenn Sie das Experiment und die vielen Vorteile eines zinsfreien Kreditwesens beschreiben, wieso haben wir dann noch immer den Zins?

Kennedy: Erklären Sie mal dem normalen Sparer, der am Ende des Jahres sein fünfhundert Euro Zinsen auf dem Spargbuch findet, dass es besser wäre, statt eines Zinssystems, einen Umlaufimpuls zu etablieren, womit sein Geld in regelmäßigen Abständen auch weniger wert würde. Das erfordert zuerst das Verständnis, dass er über seine täglichen Ausgaben weit mehr zahlt – nämlich ein Vielfaches für die in den Preisen versteckten Zinsen als er auf dem Spargbuch bekommt.

Das wäre der Anfang eines enormen kulturellen Wandels: der Verzicht auf die Aussicht auf leistungslose Gewinne

Das wäre der Anfang eines enormen kulturellen Wandels: der Verzicht auf die Aussicht auf leistungslose Gewinne.

Der Zins nützt also in erster Linie den Spekulanten?

Kennedy: Ja – und dazu gehören wir alle. Solange wir nämlich unser Geld dort anlegen, wo es die höchsten Gewinne erzielt, spekulieren wir. Der Zins ist dabei nicht das Problem, der Zinsezins ist das Problem. Denn er führt immer wieder zu exponentiellem Wachstum, welches dauerhaft schlicht und einfach nicht möglich ist. Mit dem Zinsezins findet eine große Umverteilung von Vermögen von der großen Mehrheit der Bevölkerung etwa 90 Prozent zu den reichsten 10 Prozent statt. Jeden Tag werden durch das Zinssystem in Deutschland ca. 600 Millionen Euro umverteilt, von denen, die für ihr Geld arbeiten, zu denen, die »ihr Geld für sich arbeiten lassen können«. Geld arbeitet aber nicht. Menschen und Maschinen arbeiten. Das müssen die meisten erst einmal verstehen, bevor sie sich für eine solche tiefgreifende Systemveränderung aussprechen oder einsetzen können.

Mit dem Zinsezins findet eine große Umverteilung von der großen Mehrheit zu den reichsten 10 Prozent statt

Also ist es letztlich auch eine politische Frage?

Kennedy: Das ist es. Und ich behaupte, wir leben bereits in einer Finanzdiktatur. Diese Diktatur sieht völlig anders aus als andere Diktaturen und wird als solche nicht erkannt, denn alles was sie braucht um über die große Mehrheit der Menschen zu herrschen ist, dass sich an dem jetzigen Geldsystem nichts ändert. Und dafür, gibt die Finanzindustrie in Europa pro Tag mehrere Millionen Euro in Brüssel für Lobbyarbeit aus. Im Sommer 2010 wuchs in einer Gruppe von Europaabgeordneten, die seit der Finanzkrise mit immer mehr technischen Gesetzen zur Regulierung der Finanzmärkte befasst waren, die Besorgnis, dass eine Unausgewogenheit die Arbeit der Lobbyisten zu undemokratischen Ergebnissen führen könnte, denn Reformvorschläge zur Regulierung der Finanzindustrie wurden auf ihrem Weg zur Gesetzwerdung durch Druck der Lobbyverbände abgeändert. Aus diesem Grund riefen sie parteiübergreifend dazu auf, ein Gegengewicht ins Leben zu rufen. Dies führte zu mehr als 120 Zusammenkünften von Repräsentanten der Zivilgesellschaft und Organisationen und schließlich zu konkreten Vorschlägen für Finance Watch. Diese Gruppe hat in den letzten Monaten bei der Einführung strengerer Regeln für die Finanzindustrie durchaus einige Erfolge erzielt. Ich bin jedoch sicher, dass die Krise damit nicht bewältigt ist, denn an den grundsätzlichen Problemen in unserem heutigen Geldsystem hat sich nichts geändert.

Ich behaupte, wir leben bereits in einer Finanzdiktatur

In jedem Fall wäre ein Trennbanken-System ein deutlicher Fortschritt

Was wäre denn Ihr Vorschlag um die »Finanzdiktatur« einzudämmen?

Kennedy: Hinsichtlich der Finanzindustrie wäre in jedem Fall ein Trennbanken-System ein deutlicher Fortschritt. Für alle

Anleger wäre dann ersichtlich welche Bank sich spekulativ betätigt und welche sich nur um Dienstleistungen bzw. das Kundengeschäft bemüht. Transparenz lautet also hier das Stichwort. Das ist ja inzwischen auch akzeptiert und wird demnächst hoffentlich umgesetzt werden. Aber auch das wird nicht ausreichen.

Genügt mehr Transparenz oder muss das ganze System erneuert werden? Also eine grundlegende Alternative zum Kapitalismus?

Kennedy: Die Veränderungen, die ich hier vorgeschlagen habe, würden eine echte soziale Marktwirtschaft möglich machen, nicht garantieren. Darüber hinaus müssten Gesetze geschaffen werden, die dem Staat verbieten, mehr auszugeben, als er einnimmt, und Schulden in überschaubaren Zeiträumen abzubauen – womit wir wieder beim Thema finanzielle Nachhaltigkeit wären. Die Monetative wäre ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wie genau soll sie aussehen, die Monetative?

Kennedy: Im Grunde gleicht sie einer normalen Zentralbank auf supranationaler Ebene, also auf europäischer Ebene mit einer dezentralen Unterstruktur wie wir sie zum Beispiel bei unserer Gerichtsbarkeit finden. Jede Nation hätte zudem ihre eigene Zentralbank auf nationalstaatlicher Ebene und darunter weitere Landesbanken die dann beispielsweise die Aufgabe hätten, darauf zu achten, dass nationale und regionale Währungen stabil bleiben, unterschiedliche Währungen gebietsweise kooperieren können und die Bankgeschäfte nach den Grundsätzen von Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit ablaufen. Zudem hätten sie die Kontrolle über unterschiedliche zweckgebundene Währungen, wie beispielsweise Zeit-Banken im Pflege- oder Bildungsbereich. Guthaben könnten dann über elektronische Wechselstuben auch auf andere Bereiche übertragen

werden, soll heißen: Jemand der im Bildungsbereich besonders viel Guthaben hat, kann damit im Pflege- oder Gesundheitsbereich einkaufen.

Hätte eine solche Monetative die Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise verhindern können?

Kennedy: Möglicherweise ja, aber das kann ich natürlich nicht beweisen, da sie zur Zeit in keinem Land der Welt existiert. Doch um unsere heutigen Probleme zu lösen, bräuchten wir sicherlich ein ganzes Bündel von weiteren Maßnahmen, um aus der Misere rauszukommen. Die Veränderung im Geldsystem ist nur *eine* Maßnahme, mit der man zum Beispiel das exponentielle Wachstum der Geldvermögen verhindern kann. Wir haben aber immer noch aufgeblähte Finanzmärkte und gigantische Geldblasen, die platzen werden. An diesen Altlasten können weder Pflegtickets noch Regionalwährungen etwas ändern. Vermutlich wird es weitere Finanzcrashes geben und hoffentlich bald wirksame Schuldenschnitte. Zentral wäre aus meiner Sicht die Abkehr von der Leitwährung Dollar. Das zu erreichen, war auch ein Grund für den Euro, der nicht sonderlich viel in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Statt einer Weltwährung, wie das von manchen vorgeschlagen wird oder gar einer Rückkehr zum Goldstandard, sollten unterschiedliche Währungen für verschiedene Zwecke eingeführt werden. Bernard Lietaer, ein belgischer Finanzexperte, bezeichnet das als »Monetäres Ökosystem«. Ich bin der Überzeugung, dass wir uns eines Tages wundern werden, dass die verschiedenen Nationen einmal in der Weltgeschichte mit einem einzigen Geldsystem ausgekommen sind, und dass wir unsere Kinder um die Ecke geschickt haben, um ein Eis mit dem gleichen Geld zu kaufen, mit dem man Autos in Japan kaufen konnte. Das werden wir eines Tages möglicherweise ziemlich absurd

Wir haben aber immer noch aufgeblähte Finanzmärkte und gigantische Geldblasen, die platzen werden

finden. Die Art, welches Geld man verwendet, hat schließlich einen wesentlichen Einfluss auf unser soziales Verhalten.

Die Art, welches Geld man verwendet, hat schließlich einen wesentlichen Einfluss auf unser soziales Verhalten

Das lässt sich zum Beispiel bei dem japanischen Pflege-Ticket Fureai Kippu oder bei der brasilianischen Bildungswährung sehen: Plötzlich entstehen altersübergreifende Bezüge zwischen jungen und alten Menschen und zwischen Schülern unterschiedlicher sozialer Schichten und so weiter. Genau dieser Part, der Einfluss von Geld auf unser Verhalten, wird aber von der Ökonomik komplett vernachlässigt.

Sie sprechen das japanische Pflgeticket-System, sowie Beispiele aus der Schweiz, Österreich und Brasilien an. Gibt es andere Länder von denen wir lernen können?

Kennedy: In der Welt gibt es zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern, die uns zeigen, was wir anders machen könnten. Da müssen sie gar nicht weit fahren. Nehmen sie zum Beispiel die Stadt Gent in Belgien. Die Stadt hat einen besonders hohen Anteil an Migranten. Die Stadtverwaltung hat Vertreter der Migrantengruppen zum Gespräch zusammengebracht und sie nach ihren Wünschen gefragt. Eine Antwort war unter anderem, dass sie sich ein Stückchen Land wünschen, wo sie ihr eigenes Gemüse und Obst selbst anpflanzen könnten. Als Folge des Dialogs mit den Migranten und aufgrund von leeren Kassen, hat die Stadt ein neues Geldsystem mit Namen »Torekes« – »Türmchen« – errichtet. Diese Torekes erhalten die Migranten für die Erledigung gemeinnütziger Aufgaben, beispielsweise für das Pflanzen von Blumen in der Stadt oder das Sauberhalten von öffentlichen Wegen. Mit diesen Torekes können sie wiederum die Pacht für das kleine Stückchen Land bezahlen, auf dem sie ihr eigenes Gemüse anpflanzen. Inzwischen hat sich das System so gut weiterentwickelt, dass Geschäfte das neue Geld akzeptieren und die Migranten

es auch benutzen, um sich gegenseitig für Dienstleistungen zu bezahlen.

Ist das ein bargeldloses Verrechnungssystem?

Kennedy: Nein, es ist ein Ersatz für Bargeld. Die Stadt hat dafür richtige Scheine gedruckt, was die Glaubwürdigkeit eines solchen Systems deutlich erhöht. Das funktioniert sehr gut und auf diese Art kann die Stadt wieder bestimmte soziale und gemeinwirtschaftliche Dinge finanzieren. Und die Migranten können für ihre Arbeit bezahlt werden. Die Idee ist bereits in abgewandelter Form in die Schweiz übertragen worden, wo es einen weiteren Vorschlag gibt, von dem wir etwas lernen können: In der Stadt Zürich sind die Wohnungspreise in den letzten Jahren so hoch geworden, dass in der Stadt weitestgehend nur noch ältere und sehr wohlhabende Bürger leben können. Die Stadt wollte den Anteil der jüngeren Bürger im Stadtkern aber wieder erhöhen und ist deshalb dabei in unmittelbarer Nähe zum Stadtzentrum in Leutschenbach ein Industriegebiet unter der Leitung einer sozialen Genossenschaft in ein Wohngebiet umzubauen. Hier plant die Genossenschaft eine neue lokale Währung (A)MORE neben dem Schweizer Franken auszugeben. Die soziale Genossenschaft ist Eigentümer der Grundstücke und Wohnungen und vermietet diese zu einem niedrigen Preis. Weil ein Teil des Mietpreises in der örtlichen Währung bezahlt werden muss, können die Einwohner diese Währung verdienen, indem sie soziale Aufgaben übernehmen, wie ältere Mitbürger zu betreuen, Gärten zu pflegen oder Feste zu organisieren.

Der Zweck des Geldes als Zahlungsmittel wird also mit einem sozialen Zweck verbunden?

Kennedy: Ja und mehr noch, sie verhindern mit einer so konstruierten Währung auch Spekulation, denn die Spekulanten

werden keine Gärten pflegen und ältere Leute betreuen. Das Konzept geht dadurch auf, weil es eine genossenschaftliche Lösung ist und dadurch besondere spezielle Mietverträge geschaffen werden können. Diese Art von »Geldentwurf« zeigt sehr plastisch, wie man mit kleineren Währungen für bestimmte Zwecke und Räume bereits Positives bewirken kann.

Schöne Beispiele, aber ohne die Unterstützung der lokalen, regionalen oder nationalen Politik, können Sie solche Maßnahmen nicht umsetzen.

Kennedy: Klar, aber genau hier beißt sich die Katze in den Schwanz: Stellen Sie sich mal vor, Frau Merkel würde begreifen, dass unser heutiges Geldsystem für einen großen Teil der Probleme verantwortlich ist, die sie gerade hat und würde am Sonntagabend in der Tagesschau verkünden: »Ich habe mich mit Herrn Draghi und dem Vertreter der Bundesbank, die ab jetzt Monetative heißt, geeinigt, und wir führen ab morgen komplementäre, zinsfreie, deutsche und weitere europäische Währungen ein.« Im gleichen Augenblick wäre sie politisch tot und einen Tag später wahrscheinlich schon ihr Amt los. Und warum? Weil kein Mensch versteht, was das Problem ist und wie sich dieses Problem mit einer Kombination aus zinsfreier nationaler oder internationaler Währungen und Komplementärwährungen und der Abschaffung der Giralgeldschöpfung durch die kommerziellen Banken lösen ließe.

Also bräuchten wir zunächst eine breite Informationskampagne zum Thema Alternativen zum heutigen Geldsystem?

Kennedy: Genau das wäre natürlich eine Grundvoraussetzung für jede umfassende Lösung. Es gibt genügend Bücher, in denen man diese neuen Ideen nachlesen kann, und es sind auch bereits Beispiele umgesetzt worden, die gut funktionieren. Was fehlt ist das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es an-

ders geht – nicht nur auf Bürgerseite sondern auch auf Seiten der Politik. Das ist ein zentraler Punkt, denn letztlich sind es Politiker, die mitziehen und solche Ideen in die Tat umsetzen müssen. Neben der Schaffung eines neuen Bewusstseins zum Thema Geld, gibt es aber auch ein zentrales strukturelles Problem in der Politik: Sie kennt, ähnlich wie das jetzige Finanzsystem, keine Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Politiker denken durch unser Wahlsystem in Zeiträumen von vier Jahren, das heißt höchstens mittelfristig. Sie sind darauf bedacht, nur das zu tun, was ihre Wiederwahlchancen erhöht. Soll heißen, Reformen und Projekte die viele Jahre dauern, bringen ihnen in dieser Situation nur wenig. Im Geldsystem mit dem Zins und Zinseszins verhält es sich ähnlich: Hier geht es um ähnlich kurze Zeithorizonte, denn alle Investitionen die sich nicht in wenigstens fünf Jahren »amortisieren«, kommen zu meist nicht in Betracht. Denn »Zeit ist Geld« und je schneller Renditen aus- bzw. Zinsen zurückgezahlt werden, desto mehr Gewinn wird gemacht.

Es gibt aber ein zentrales strukturelles Problem in der Politik: Sie kennt keine Langfristigkeit und Nachhaltigkeit

Sehen Sie bei aller Kurzfristigkeit der beiden Welten im jetzigen System überhaupt eine Chance für Nachhaltigkeit?

Kennedy: Nein, in dieser herkömmlichen Art von Demokratie und dieser Art von Geldsystem hat wirkliche Nachhaltigkeit keine Chance. Das können Sie im Übrigen auch international am Beispiel Schuldenkrise erkennen: Griechenland beispielsweise hat immer weiter neue Milliardenpakete erhalten um die Schuldenlöcher stopfen zu können. Statt aber schon vor längerer Zeit zu erkennen, dass Griechenland nur durch einen Schuldenschnitt zu retten war, hat die Politik immer weiter fleißig Milliarden überwiesen. Das hat für mich wenig mit

In dieser herkömmlichen Art von Demokratie und dieser Art von Geldsystem hat wirkliche Nachhaltigkeit keine Chance

langfristigem Denken zu tun! Dass wir uns das immer noch bieten lassen, finde ich schon erstaunlich. Aber die meisten Menschen wissen einfach nicht, dass es Alternativen gibt. Die einzige Alternative, die den Meisten einfällt, ist der Kommunismus und der war leider – wie sich das in der Praxis erwiesen hat – auch keine Alternative.

Also brauchen wir einen radikalen Systemwandel für ein wirkliches ökologisches und nachhaltiges Wirtschaftssystem?

Kennedy: Ja, es braucht einen System- und Bewusstseinswandel – oder besser umgekehrt einen Bewusstseinswandel, der zu einem Systemwandel führt. Aus meiner Sicht nützt es wenig, mit dem Finger auf die verantwortlichen Leute zu zeigen, wenn sie das System für sich nutzen und nicht nachhaltig, ökologisch und gemeinnützig handeln. Man muss sich das System, insbesondere das Geldsystem anschauen und dort die systemischen Fehler beheben.

Glauben Sie, ein System- und Bewusstseinswandel kann unblutig ablaufen? Schaut man beispielsweise auf die zahlreichen religiösen Auseinandersetzungen in der Welt, ist das zu bezweifeln.

Kennedy: Sie haben leider Recht. Es wird vermutlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen, vor allem wenn die jungen Menschen in diesen Ländern keine Perspektive für ihr Leben sehen. Aber es wird möglicherweise auch spontan ungewöhnliche Kooperationsmodelle geben. Wie dieser gesamtgesellschaftliche und globale Bewusstseinswandel verlaufen wird, ist aus meiner Sicht vollkommen offen.

Ein Bewusstseinswandel hängt immer auch vom vorherigen Standpunkt bzw. vom derzeitigen Entwicklungsniveau ab. Mutet man beispielsweise Entwicklungsländern nicht zu viel zu, wenn es dort für Viele um den täglichen Kampf ums Überleben geht, während wir uns

in Deutschland auf einem recht hohen ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveau befinden und den Luxus haben, uns darüber Gedanken zu machen?

Kennedy: Ich denke, dass es kein Luxus ist, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir den Reichtum, den die Welt uns allen bietet, besser teilen zu können. In diesem Sinne finde ich, dass neue soziale Modelle wie der Lebensgarten Steyerberg, oder die neuen Währungen in Gent oder Zürich Beispiele bieten die auch in Entwicklungsländern nützlich sein können. Im Übrigen lernen wir – was komplementäre Währungen angeht – sicher ebenso viel und vielleicht noch mehr von den so genannten Entwicklungsländern wie sie von uns.

Zurück nach Europa: Machen wir uns in Europa genug Gedanken darum, wie wir den Reichtum gerecht verteilen können?

Kennedy: Schaut man auf die enorme Geldvernichtung der Schuldenkrise, sollte man meinen, wir machen uns überhaupt keine Gedanken. Mein Ziel ist es, mit Ideen zu einer sozialen Marktwirtschaft, in der Solidarität und Gemeinsinn die zentralen Leitmotive sind, beizutragen. Gemeinsinn hat aber dort Grenzen, wo entweder keine Nachhaltigkeit garantiert wird oder jemand den Gemeinsinn ausnutzt. Eine solche Grenze ist beispielsweise im Fall Griechenland längst erreicht. Nur geht es dort in Wirklichkeit nicht darum der dortigen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, sondern in erster Linie darum die deutschen und französischen Banken zu retten. Was bisher dabei herauskommt diene sicherlich nicht einem höheren Ziel, wie zum Beispiel einem geeinten Europa.

Mein Ziel ist es, Ideen zu einer sozialen Marktwirtschaft beizutragen

Dann hätte Griechenland also den Euro-Raum verlassen sollen?

Kennedy: Nein, der Euro-Raum ist marktwirtschaftlich sinnvoll und Griechenland könnte sehr wohl im Euro-Raum bleiben, wenn es parallel zum Euro eine nationale Währung einführen könnte. Ich halte eine gemeinsame Währung für Länder, die sich auf sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus befinden für nicht sinnvoll.

Sollte der Euro also abgeschafft werden?

Kennedy: Der Euro ist insgesamt eine gute Idee und er sollte auch weiterhin bestehen bleiben, um über europäische Grenzen hinweg ein internationales Währungssystem zu bieten. In Kombination mit anderen nationalen und regionalen Währungen und einem Umlaufimpuls wäre er eine perfekte Leitwährung. Um aber auch kleinere, für das Finanzkapital unattraktivere Gemeinschaften wirtschaftlich zu stützen und die ungebremste Globalisierung auszubalancieren, sind aus meiner Sicht komplementäre Währungen als Ergänzung zum Euro ein segensreiches Mittel.

Lassen Sie uns zum Schluss noch einmal zum Stichwort »wirkliche soziale Marktwirtschaft« kommen. Welche Elemente gehören für Sie abseits von Zeitbanken und Komplementärwährungen dazu und was fehlt Ihnen an der jetzigen sozialen Marktwirtschaft?

Kennedy: Eine wirkliche soziale Marktwirtschaft, die sich auch so nennen kann, ist nur mit mehr Vielfalt beim Geld möglich. Dazu gehört dann auch ein anderer Grundbesitz- und Eigentumsbegriff. Nach unserem Grundgesetz hat der Besitz von Land auch eine soziale Verpflichtung. Diese soziale Verpflichtung wird heute aber, neben der Spekulation mit Geld, durch die Spekulation mit Grund und Boden immer stärker ausgehebelt. Spekulanten kaufen Land und Immobilien im großen Stil auf und fördern damit wiederum die Blasen und Monopolbildung. Und für alles, was zu Blasen und Monopolen führt,

bezahlen letztendlich die Bürger. Das bedeutet im Umkehrschluss die Abkehr von Gemeinsinn und Solidarität und damit die Abkehr von sozialer Marktwirtschaft.

Wir brauchen Systeme, die es verhindern, dass mit Dingen spekuliert wird, die jeder zum Leben braucht. Dazu gehören Wasser, Land, Energie, Nahrung, ein Dach über dem Kopf und Geld. Solche Spekulationen

Wir brauchen Systeme, die es verhindern, dass mit Dingen spekuliert wird, die jeder zum Leben braucht

kann man durch einfache neue Regeln und rechtliche Maßnahmen verhindern, und würde damit eine andere umfassendere Gerechtigkeit schaffen.

Sie fordern also eine striktere Anwendung von Monopolregelungen, und andere rechtliche Regelungen für die Umverteilung von Vermögen, Vergemeinschaftung des Privatbesitzes, Spekulationsverbote in lebenswichtigen Bereichen und so weiter. Das klingt für mich ein wenig nach Planwirtschaft?

Kennedy: Nein, ich glaube, dass solche Dinge durchaus mit einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft kompatibel gestaltet werden können. Ein Beispiel aus der Stadt Zürich: Hätte die Stadt ihre Wall-Anlagen nicht Anfang des letzten Jahrhunderts komplett an private Investoren verkauft, sondern den Boden in Erbpacht vergeben, bräuchten die Bürger aufgrund der hohen Pachteinahmen für die Stadt keine Steuern zahlen. Das ist der Gedanke bei der Überführung des Besitzes von Privateigentum an Grund und Boden in Gemeinschaftseigentum durch Erbpachtverträge: Der Boden gehört allen und dafür wird eine Pacht bezahlt. Was aber auf dem Boden entsteht, ist Privatbesitz. Von der Nutzung des Bodens sollten alle profitieren, weil er im wahrsten Sinne uns allen gehört. Ein anderes Beispiel: Helmut Creutz hat einmal ausgerechnet, dass allein durch eine Steuer auf den jährlichen Mehrwert des Bodens in Deutschland, sämtliche Kinder hierzulande bis zum Ende des Studiums finanziert werden könnten. Das sind Beispiele,

die mit ganz einfachen sozialen Regelungen den freien Markt nicht behindern würden.

Versuchen Sie auch selbst in ihrem Umfeld, also im Kleinen, solche Ideen einzuführen und umzusetzen?

Kennedy: Ich habe in meinem Leben immer versucht, das was ich vertrete, auch selbst zu leben. Manchmal ist mir das gelungen manchmal auch nicht. Beispielsweise wollten mein Mann und ich hier im Lebensgarten Steyerberg das Grundstück das wir besitzen, nach unserem Ableben an die Gemeinschaft vererben und das Haus darauf unserer Tochter. So hätte sie eines Tages einen kleinen Beitrag zahlen müssen, um auf diesem Land weiter leben zu können. Dieses Prinzip wollten wir als Beispiel für die gesamte Gemeinschaft umsetzen. Wir haben einen erstklassigen Rechtsanwalt beschäftigt, aber es letztlich aufgegeben, weil das Land und das Haus in Deutschland rechtlich so eng zusammengehören, dass sie nur durch umständliche Tricks zu trennen sind. Letztendlich heißt das für mich, wir brauchen weit mehr als nur Wissen über unser Geld- und Bodenrecht, um unsere sozialen Beziehungen besser gestalten zu können. Mein Traum ist »eine Ordnung ohne Verordnung« zu haben. Eine Ordnung, die so gut und so logisch und nachvollziehbar ist, dass sie von Jedem akzeptiert wird und Verordnungen überflüssig werden.

Würde das nicht in der Anarchie und dem was Thomas Hobbes gesagt hat münden: Der Mensch ist des Menschen Wolf, also ein Raum ständiger Rechtsunsicherheit, den immer Jemand auszunutzen wüsste?

Kennedy: Nein, denn minimal rechtlich abgesichert muss auch diese Ordnung sein. Ansonsten wird irgendjemand gegen diese Ordnung, die in unserem natürlichen Empfinden für Gerechtigkeit wurzelt, verstoßen. Und – um noch mal auf das

Thema Land zurückzukommen – könnte man beispielsweise peu a peu das Eigentum am Boden durch Erbpacht ersetzen. Das würde natürlich nicht von heute auf morgen durch Enteignung gehen, wie das im Kommunismus der Fall war. Die Leute haben das Land schließlich rechtmäßig erworben oder geerbt. Aber ab einem bestimmten Zeitpunkt könnte man den gekauften Boden in Verbindung mit einer entsprechenden Belastung für den Grundstückseigentümer stufenweise in Gemeinschaftseigentum überführen und eine Erbpacht auf den Boden erheben. Das wäre auch ein Grundpfeiler für eine gemeinwohlorientierte Ökonomie. Zu diesem Modell gibt es bereits die passenden Banken, einmal die JAK-Bank in Schweden und demnächst die Bank für Gemeinwohl in Österreich.

Was verbirgt sich hinter diesen Bankenmodellen?

Kennedy: Das sind völlig andere Geschäftskonzepte. Die Bank für Gemeinwohl finanziert soziale und nachhaltige Projekte. Die JAK-Bank bietet Kredite an, bei deren Tilgung man gleichzeitig Sparvermögen aufbaut, welches dann wiederum an Dritte als Kredit weitergegeben werden kann. Die Kredite sind deshalb zinsfrei. Daneben sind die Kontoinhaber gleichzeitig Teilhaber an der Bank. Und das alles in einem marktwirtschaftlichen System. Eine gelungene Symbiose also.

Frau Prof. Kennedy, zu guter Letzt: Was würden Sie tun, wenn Sie für einen Tag die Geschicke der Welt lenken könnten?

Kennedy: An einem einzigen Tag würde ich wahrscheinlich sehr wenig tun können, es sei denn sie geben mir auch die Macht an diesem Tag alles zu verändern, so dass allen Menschen auf der Welt geholfen werden kann. Dann würde ich die Zentralbanken von ihrer Monopolstellung befreien und Ihnen die Aufgabe übertragen, zinsfreie Währungen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle einzuführen. Zu-

dem würde ich verfügen, dass Banken ihre Satzungen darauf hin überarbeiten müssen, dass sie soziale, ökologische und kulturelle Ziele finanzieren können. Besteuert würde nur noch der Ressourcenverbrauch – keine Arbeitseinkommen. Die Rolle des Staates wäre auf die Aufgaben beschränkt, die für Infrastrukturmaßnahmen, die Landesverteidigung und die Sicherung des Rechtsstaates notwendig sind. Alle anderen Aufgaben wie beispielsweise auch die Finanzhoheit sollten an die Ebene delegiert werden, die diese Aufgaben am Besten und Gerechtesten wahrnehmen kann. Für die Geldschöpfung in jedem Land wäre eine unabhängige Monetative zuständig, die mit den Landesbanken und lokalen Banken kooperiert.

Wer würde dann für die Transfer- und Sozialleistungen aufkommen?

Kennedy: Ich war ja noch nicht fertig (*lacht*). Letztlich würde das bedingungslose Grundeinkommen für alle Menschen durch die massive Absenkung der Militärausgaben finanziert, die nur noch zur Landesverteidigung zur Verfügung stehen würden, und durch die Abschaffung der Zinsen (immerhin ist der zweitgrößte Posten in unserem derzeitigen Bundeshaushalt nach Arbeit und Soziales die Bundesschuld: trotz niedriger Zinsen für Deutschland waren das in 2012 ca. 38 Mrd. Euro) sowie durch die Erhebung von Vermögenssteuern, die eine größere Einkommensgerechtigkeit erzeugen. Außerdem würde ich den Artikel 151 der bayrischen Landesverfassung »Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl« zu den Grundrechten ins Grundgesetz aufnehmen.

Frau Kennedy, vielen Dank für das Gespräch.

Weil Kapitalismus sich ändern muss

Die Kritik am Kapitalismus hat spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Renaissance erfahren. Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums? Sind kontrollierte Kapitalmärkte, ein gerechteres Steuersystem oder die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens darauf gerechte Antworten?

Diese und andere Fragen diskutieren die Sozialwissenschaftler Hartmut Rosa und Stephan Lessenich, die Währungsexpertin Margrit Kennedy und der Politiker Theo Waigel. Eingeleitet werden die Interviews mit einem Kommentar des Politikwissenschaftlers und Kapitalismuskritikers Elmar Altvater.

Die Edition soll Raum zur Entfaltung und einen Ort zur Diskussion bieten, um neue Impulse für Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu geben. Wissenschaftliche Expertise wird vereint mit neuen Standpunkten aus Politik und Praxis. Im Kern stehen vor allem die Suche nach Alternativen, das aktive Formulieren von Handlungsoptionen und die Frage, wie wir uns die Zukunft unserer Gesellschaft vorstellen. Drei unterschiedliche Perspektiven werden somit auf die Kontroversen unserer Gesellschaft geworfen – fundiert, diskursiv und meinungsstark!

Die Interviews wurden von **Stefan Collet** geführt und redaktionell betreut.

ISBN 978-3-658-01383-7

